

Landeskanzlei
Sekretariat der Justiz- und Sicherheitskommission
Georg Schmidt
Rathausstrasse 2
4410 Liestal
Versand per E-Mail an georg.schmidt@bl.ch

Liestal, 6. Juli 2015

**Vernehmlassung zur Landratsvorlage betreffend die parlamentarische Initiative 2014-244
"Für eine unparteiische Justiz" (Ergänzung von § 34 des Gerichtsorganisationsgesetzes)**

Sehr geehrter Herr Dürr
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 27. März 2015 haben Sie uns zur Stellungnahme zur im Betreff erwähnten Landratsvorlage eingeladen. Gerne machen wir von Ihrem Angebot Gebrauch und lassen uns wie folgt vernehmen:

Für die FDP.Die Liberalen Baselland ist die richterliche Unabhängigkeit ein zentrales Element des Rechtsstaates, weil dadurch das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Unbefangenheit der Justiz gestärkt wird. Bereits jetzt wird die Unvoreingenommenheit der Richterinnen und Richter durch die Verfassung und einschlägige Gesetze auf Bundes- und Kantonsebene umfassend garantiert.

Indes darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass die vorgeschlagene Gesetzesänderung gewichtige Nachteile mit sich bringen würde.

Durch die zur Diskussion stehende Unvereinbarkeitsbestimmung würde die Ausübung des Richteramtes für Anwältinnen und Anwälte mit wertvollem Fachwissen und praktischer Erfahrung massiv erschwert. Es besteht die Gefahr, dass sich nicht mehr genügend qualifizierte Kandidaten für das Richteramt finden lassen. Dadurch wird der Einführung des Berufsrichtertums Vorschub geleistet. Dies wäre aus unserer Sicht sehr zu bedauern, weil damit die Verankerung des Richterstands im Volk verloren ginge. Dies würde zu einem Verlust des Praxisbezugs der Justiz führen („Richter im Elfenbeinturm“).

Aus diesen Gründen lehnt die FDP Baselland die vorgeschlagene Gesetzesänderung ab.

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die gewährte Fristerstreckung.

Mit freundlichen Grüssen
FDP.Die Liberalen Baselland



Christine Frey
Parteipräsidentin